

Jakob Kaiser :

## Deutschland darf nicht wehrlos sein!

### Wehrpolitik hindert nicht Wiedervereinigung — Die Moskauer Taktik

Berlin (Eigenbericht). In einer Rundfunkansprache nahm Bundesminister Kaiser erneut zu dem Zentralproblem der deutschen Politik Stellung. „Wir wissen“, sagte er, „daß die Frage der Wiedervereinigung unseres Landes in Freiheit konkret auf der Ebene der großen Politik gelöst wird. Es ist dabei eine geschichtliche Leistung der Bundesrepublik und ihrer Politik, daß auch die deutsche Stimme im Kreis der Völker nach diesen zehn Nachkriegsjahren wieder ins Gewicht fällt. Dazu hat aber nicht nur die Bundesrepublik, dazu hat das gesamte deutsche Volk beigetragen.“

Kaiser sagte u. a. wörtlich: „Auch und vor allem die 18 Millionen jenseits der Zonengrenze haben daran mitgewirkt. Kaum ein Ereignis der Nachkriegsgeschichte hat ja auf die Weltöffentlichkeit so sehr gewirkt und das deutsche Ansehen in der Welt so sehr gestärkt wie der 17. Juni 1953.“

Das alles hat schon die Welt wachsend darauf aufmerksam gemacht, daß man das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands nicht einfach links liegen lassen kann. Die Deutschen in der Bundesrepublik tun nur ihre Pflicht, wenn sie darauf bedacht sind, dieser Erkenntnis in der Welt weiter zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei hat die deutsche Jugend mit den stärksten Anteil daran, daß der Wille zur Wiedervereinigung immer noch mehr an Kraft in den 50 Millionen der Bundesrepublik gewinnt.

Schließlich kann man auch den augenblicklichen Auseinandersetzungen um Verträge und Wiederbewaffnung bei aller Sorge um die erbitterte Entzweiung unseres Volkes noch eine positive Seite abgewinnen: In der Leidenschaft des Streites der Meinungen offenbart sich ja nicht zuletzt auch die innere Unruhe unseres Volkes um seine Wiedervereinigung. Um diese Unruhe soll und muß die Welt wissen.

An dieser Unruhe muß auch die praktische Politik gemessen

werden, die zur Wiedervereinigung führen soll. An ihr messen wir auch die Bedeutung der Wiederbewaffnung Deutschlands, die uns die Pariser Verträge bringen sollen.

### Gesamtpolitik entscheidend

Irrig erscheint es mir, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik schlechthin als Hindernis für die Wiedervereinigung zu bezeichnen. Die Sowjetunion hat ja selbst schon im März 1952 die Schaffung deutscher Streitkräfte vorgeschlagen. Sie hat weiter in ihrer Erklärung vom 15. Januar dieses Jahres deutsche Streitkräfte nicht einfach abgelehnt. Im übrigen: Nur wer die Augen vor den Wirklichkeiten der Politik verschließt, kann annehmen, daß eine Wiedervereinigungspolitik Erfolg haben kann, die von der totalen Wehrlosigkeit der Bundesrepublik ausgeht. Allerdings gilt eine Regel für uns Deutsche: Die Wehrpolitik muß im Dienst der Gesamtpolitik stehen. Und diese Gesamtpolitik kann in der heutigen Situation unseres Landes nur entschiedene Wiedervereinigungspolitik sein.

Nun wird immer wieder die Frage gestellt, ob nicht die Zustimmung des Bundestages zu den Pariser Verträgen die Wiedervereinigung verhindert. Stellen wir doch zunächst einmal fest: So wie die Dinge heute um Deutschland stehen, können wir doch wahrhaftig

nicht ohne Rückhalt bleiben. Wir brauchen Freunde in der Welt. Und wir müssen eine Politik führen, die diese Freundschaft erhält. Und nicht eine Politik, die diese Freundschaft aufs Spiel setzt. Das hindert jedoch keinesfalls ein maßvolles, aber entschiedenes Eintreten für die deutschen Interessen. Sowohl was die Verteidigung unseres Bodens wie die Wiedervereinigung angeht.

### Zehnjährige Erfahrung

Im übrigen waren wir nicht nur zehn Jahre ohne Soldaten. Wir waren auch zehn Jahre lang bündnislos. Diese zehn Jahre sind gekennzeichnet durch die unerbittliche Vorenthaltung jeglichen Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen. Zwei Jahre lang hat die Sowjetunion aus allen Rohren ihrer Propaganda gegen die EVG geschossen. Aber als die EVG am 30. August 1954 zu Grabe getragen wurde, fand sich niemand aus Moskau ein, um uns mit gesamtdeutschen Wahlen zu beschenken. Im Gegenteil: Über allen Wipfeln war Ruhe. Erst jetzt, da nach wenigen Monaten neue Verträge am Horizont aufziehen, kam ein Echo.

Wir sind uns klar darüber, daß die sowjetischen Erklärungen zur deutschen Frage nicht überhört werden können. Wir sind aber ebenso der Meinung, daß ihretwegen nun nicht plötzlich alle Räder der Politik des Westens stillstehen können. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion hat uns nun einmal gelehrt: Ein handlungsunfähiges, isoliertes Deutschland wird von ihr nicht der geringsten Konzessionen gewürdigt. Deshalb kann der Krenl nicht erwarten, daß man als Vorleistung für Verhandlungen auf die Verträge verzichtet.“



## Unruhe und Wachsamkeit

Die Kampagne der SPD gegen die Pariser Verträge ist zu Ende und ebenso die Gegenaktion der Regierungsparteien. Müde, heiser und abgekämpft verlassen die Sprecher der beiden Gruppen die Tribünen des öffentlichen Streites, um ihn im Parlament fortzusetzen und abzuschließen. Dort fällt in der kommenden Woche die Entscheidung.

Die parlamentarischen Schlachtreihen für diesen letzten Kampf um die Pariser Verträge, der am Donnerstag in Bonn beginnt, werden bereits formiert.

Wer Zeit hat, kann die ganze Auseinandersetzung wieder im Rundfunk verfolgen. Er wird dabei allerdings keine neuen Ideen, keine neuen Fragen und keine neuen Antworten zu hören bekommen. Dagegen wird er erneut die Qual eines heute unlösbaren Streites verspüren, der die unerträgliche Situation unseres zwischen Ost und West zerrissenen Landes besonders schmerzlich kennzeichnet.

Um so mehr erwarten wir, daß die Sprecher der feindlichen Parteien und ebenso die Regierung wenigstens den Überzeugungscharakter der entgegengesetzten Meinungen und Bestrebungen wechselseitig respektieren. Wer es unternimmt, das allen Deutschen gemeinsame Anliegen der Wiedervereinigung zum Anlaß gegenseitiger Verdächtigung und Beschimpfung zu nehmen, der leistet der deutschen Politik keinen guten Dienst. Der übersieht nämlich die über kurz oder lang unausweichlich eintretende Notwendigkeit, daß die beiden heute so gegensätzlichen Strömungen der deutschen Parteien sich in nicht ferner Zeit zu einem gemeinsamen Fluß vereinigen müssen.

Wenn dann im Bundestag, wie anzunehmen ist, die Entscheidung für die Verträge gefallen ist, dann fehlen zur Vollendung des deutschen Ratifikationsaktes nur noch der Beschluß des Bundesrates, die Unterschrift des Bundespräsidenten und die Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde.

Erst wenn die Ratifikationsurkunden aller Partner hinterlegt sind, treten die Verträge in Kraft.

### Frankreich — die Unbekannte

Irgendwo im Endstadium dieses Prozesses — zwischen der Ratifizierung und der Verwirklichung der Verträge — liegt dann der Zeitpunkt, an dem eine Viererkonferenz über die Deutschlandfrage stattfinden sollte und stattfinden müßte. Hierüber sind sich die Partner der Verträge mehr oder weniger einig, nicht allerdings über den politischen besten Zeitpunkt.

Um diesen Zeitpunkt hat es ein bewegtes Spiel mit Terminen und Begriffen gegeben: vor oder nach der Ratifizierung, vor oder nach dem Inkrafttreten, vor oder nach dem Beginn der Verwirklichung, Ratifizierung mit Aufschub der Verwirklichung usw.

Aber wo ist der Zeitpunkt, für den das Wort Moskau gilt, daß Verhandlungen über die Deutschlandfrage „auf lange Zeit“ unmöglich werden würden? Wo ist umgekehrt der Zeitpunkt, auf den sich der Westen einigen könnte, ohne daß der Ernst seines Willens zur gemeinsamen Verteidigung von Moskau angezweifelt und also eine sowjetische Bereitschaft zu echten Zugeständnissen empfindlich abgeschwächt werden könnte?

Die Antwort auf diese sehr wichtigen Fragen kann heute kaum gegeben werden. Sie hängt vor allem von Frankreich ab, das soeben in die dritte Woche seiner Regierungskrise eingetreten ist. Niemand vermag unter den gegenwärtigen Umständen vorzusagen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Verträge dort schließlich einmal ratifiziert werden. Das französische Parlament bleibt weiter die schwer aufzulösende Unbekannte in der Rechnung um das Schicksal der Verträge.

Nach einem dunklen Gesetz der Reihenfolge, das weder dem Zufall noch einer überzeugenden Logik folgt, aber jedenfalls zur Tradition des französischen Parlamentarismus gehört, ist nach Pinay, Pflimlin und Pineau nun der radikal-sozialistische Abgeordnete Faure mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Andere werden ihm vielleicht noch folgen. Was bei dem letzten schließlich erfolgreichen Versuch der Regierungsbildung für das Schicksal der Verträge herauskommen wird, das ist noch ungewiß.

Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß der italienische Ministerpräsident Scelba und Außenminister Martino bei ihren Londoner Besprechungen mit Churchill und Eden eine sofortige britisch-italienische Konsultation für den Fall vorgesehen haben, daß Frankreich die Pariser Verträge nicht ratifizieren sollte. Das ist aus London und Rom eine Mahnung nach Paris.

### Das Neue

Wie immer der Schlußpunkt gesetzt werden mag — Inkrafttreten oder Scheitern der Verträge; erfolgreiche, gescheiterte oder gar keine Viererkonferenz —, in jedem Fall beginnt dann in der deutschen und auch in der internationalen Politik etwas Neues. Dieses Neue wird noch mehr die Wiedervereinigung als oberstes Ziel der deutschen Politik einschließen müssen.

Zu diesem Punkt müssen wir sehr wachsam bleiben. Wachsam und unruhig. Wir stimmen hier mit Professor Carlo Schmid von der SPD überein, der dieser Tage erklärte, Unruhe sei jetzt die erste Bürgerpflicht. Sie wird es noch mehr sein, wenn das Schicksal der Verträge so oder so der deutschen und internationalen Politik eine neue Grundlage gegeben hat.

## Nicht mit Pankow

Bonn (Eigenmeldung). Ein Schreiben des Sowjetzonen-Volkammerpräsidenten Dieckmann mit neuen Vorschlägen für eine gemeinsame Aktion mit dem Bundestag zugunsten der Wiedervereinigung Deutschlands ist in Bonn auf eisige Ablehnung gestoßen.

In Kreisen der Regierungspartei wurde kurz und bündig erklärt, man werde die von Dieckmann für den 24. Februar im Bundestag angekündigte Delegation aus der Sowjetzone nicht empfangen. Außerdem wolle man auch den Brief nicht beantworten.



# Adenauer: Kein Zickzack-Kurs

## Die letzten Tage vor der Bundestagsentscheidung

Berlin (Eigenbericht/DPA). Der Meinungskampf zwischen Regierungskoalition und Opposition um die Pariser Verträge hat in der Woche vor der am Donnerstag beginnenden entscheidenden Bundestagsdebatte seinen Höhepunkt erreicht. In Hamburg sprachen auf einer Großkundgebung Bundeskanzler Adenauer und die Parteivorsitzenden Dehler (FDP), Hellwege (DP) und Oberländer (BHE).

Vor mehr als 7000 Zuhörern erklärte Adenauer in der Ernst-Merck-Halle, die SPD vernichte mit ihrer Haltung Europa, wenn sie glaube, daß 50 Millionen bündnislos dem angriffslustigen sowjetischen Koloß ausgesetzt werden könnten. Molotows Rede habe deutlich genug gezeigt, daß die Sowjetunion nach wie vor die Weltherrschaft als Endziel anstrebe. Deshalb versuche der Krenl, die westeuropäischen Staaten vereinzelt und damit machtlos zu halten.

Die Rede des Bundeskanzlers wurde an zahllosen Stellen durch lebhaften und lang anhaltenden Beifall unterbrochen. Mehrere Hundertschaften der Polizei hatten die Kundgebungshalle abgeriegelt, da von den Kommunisten zu Störaktionen aufgerufen worden war.

Es sei höchst bedenklich, so sagte der Bundeskanzler, daß der SPD-Vorsitzende Ollenhauer an der Paulskirchen-Kundgebung gegen die Wiederbewaffnung teilgenommen habe. Sein Vorgänger Schumacher habe stets eindringlich davor gewarnt, einen Staat schutzlos zu lassen. Im übrigen sprach Adenauer sein Bedauern darüber aus, daß die Paulskirche für diesen Zweck hergegeben worden ist. „Ich würde mich gefreut haben, wenn man dort auch einmal die Sowjetunion angesprochen hätte, und wenn man gesagt hätte, woher nimmt die Sowjetunion das Recht, die 18 Millionen Menschen in der Sowjetzone in einer solchen Weise zu peinigen.“

Die SPD führe mit ihrer Politik einen tödlichen Schlag gegen die Wirtschaft der Bundesrepublik, die bei einem Zickzackkurs keinen Handel mehr mit dem Westen treiben könne.

Bonn (AP/DPA). In einer Presseerklärung hat die Bundesregierung mit aller Schärfe die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zurückgewiesen, die Verabschiedung der Pariser Verträge so lange aus-

zusetzen, bis in neuen Viermächteverhandlungen geklärt sei, unter welchen Bedingungen die Wiedervereinigung Deutschlands möglich ist. Sie sprach ihr Bedauern darüber aus, daß der DGB dadurch die ihm satzungsgemäß obliegende Pflicht zur parteipolitischen Neutralität erneut verletzt habe.

Über die Pariser Verträge werde in der kommenden Woche die einzig dazu berufene Instanz, der Bundestag, entscheiden. „Die Bundesregierung, die dazu verpflichtet und entschlossen ist, das demokratisch-parlamentarische System mit allen Mitteln zu schützen, wird diese Entscheidung, aber auch nur diese, respektieren.“

## 75 Seiten Ausschuß-Bericht

Bonn (DPA). Der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages hat seinen Bericht über das Gesamtwerk der Pariser Verträge in einem 75 Seiten starken Band zusammengefaßt. Dem Bericht, der jedem Abge-

# Keine Auslieferung der Exil-Rumänen

## Gesandtschaft war 42 Stunden besetzt

Bern (AP/DPA). Die Schweiz hat am Donnerstag die Forderung Rumäniens auf Auslieferung der Exilrumänen abgelehnt, die 42 Stunden lang die rumänische Gesandtschaft in Bern besetzt hielten.

Das Schweizer Justizministerium erklärte zur Begründung, zwischen der Schweiz und Rumänien bestehe kein Auslieferungsabkommen, und der Überfall sei auf Schweizer Boden begangen worden. Es wird in Bern für möglich gehalten, daß die strikte Ablehnung der Schweiz zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Rumänien führt.

Nach 42stündiger Belagerung hatten sich die am Tage zuvor in das Gebäude der rumänischen Gesandtschaft in Bern gewaltsam eingedrungenen rumä-

ordneten zugestellt wird, ist der Antrag des Ausschusses beigefügt, den Ratifikationsgesetz zuzustimmen.

Außer dem Außenpolitischen Ausschuß haben sich acht andere Ausschüsse in insgesamt 59 Sitzungen mit den Verträgen beschäftigt.

## KP-Marsch verboten

Dortmund (AP). Einen KPD-Sternmarsch durch die Innenstadt von Dortmund hat der Polizeipräsident von Dortmund verboten. Der Marsch sollte eine Kundgebung der KPD einleiten.

## Propagandalüge zurückgewiesen

Karlsruhe (DPA). Der Bundesgerichtshof hat sowjetische Veröffentlichungen über eine angebliche Tbc-Erkrankung des inhaftierten ehemaligen Landtagsabgeordneten und FDJ-Führers Angenfort als unwahr zurückgewiesen.

## Antrag abgelehnt

Bonn (DPA). Einen neuen Antrag der KPD, das Verfahren gegen die Partei auszusetzen, lehnte das Bundesverfassungsgericht ab. Es vertagte jedoch den Prozeß auf den 1. März, damit die KPD Gelegenheit hat, zu den Schriftsätzen der Bundesregierung Stellung zu nehmen.

nischen Emigranten der Schweizer Polizei ergeben. Sie werden sich vor einem Schweizer Gericht zu verantworten haben. Sie wollten mit ihrem Handstreich die Freilassung von fünf in Rumänien verhafteten Politikern erzwingen.

Die Übergabe erfolgte, nachdem ein von der Schweizer Polizei gestelltes Ultimatum abgelaufen war.

Der schweizerische sozialistische Pressedienst meldete, die von den Eindringlingen in der Gesandtschaft gefundenen Geheimdokumente kompromittierten die rumänischen Diplomaten „auf das schwerste“. Aus ihnen gehe hervor, daß die Gesandtschaft von der rumänischen Regierung als Spionagezentrale gegen die Schweiz benutzt werde.



## Im Wettlauf der Atomwaffen

### Auch England baut H-Bomben

London (AP / Eigenmeldung). Die britische Regierung hat bekanntgegeben, daß Großbritannien als dritte Macht nach den USA und der Sowjetunion mit der Entwicklung der Produktion der Wasserstoffbombe begonnen hat. Außerdem seien die britischen Vorräte an Atomwaffen stetig im Wachsen.

Die britische Regierung teilte ihren aufsehenerregenden Entschluß in einem Weißbuch zur Landesverteidigung mit, in dem es heißt, daß gerade die vernichtende Gewalt der Atom- und Wasserstoffbomben die Hoffnung wecke, jede Großmacht werde vor den auch für sie selbst verheerenden Folgen eines Krieges zurückschrecken. „Der bewaffnete Friede der letzten Jahre könnte über die Koexistenz zum wirklichen Frieden werden.“ Ungeachtet zeitweiliger Auflockerungen in der Haltung des Weltkommunismus bestehe jedoch kein Grund zu der Annahme, die Bedrohung der freien Welt habe merkbar nachgelassen.

### Ein sowjetischer Vorstoß

London (AP/DPA). Das sowjetische Außenministerium hat einen neuen Abrüstungsvorschlag veröffentlicht, der unter anderem die Einberufung einer

internationalen Abrüstungskonferenz durch die UN noch in diesem Jahr fordert.

Die Sowjetunion verlangt neben dem Verbot und der Vernichtung aller Atomwaffen die Beschränkung der Stärke aller Streitkräfte auf den Stand vom 1. Januar 1955. Mit „geeigneten internationalen Kontrollen“ dieser Maßnahmen erklärt sich die Sowjetunion einverstanden.

Die Sowjetunion bezieht sich auf die am 25. Februar in London beginnende Konferenz des Unterausschusses der UN-Abrüstungskommission, dem die USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und die Sowjetunion angehören.

## Gemeinsame Front London – Rom

London (DPA/AP). Der italienische Ministerpräsident Scelba und Außenminister Martino haben bei ihren Besprechungen mit Churchill und Eden eine sofortige britisch-italienische Fühlungnahme für den Fall vereinbart, daß Frankreich die Pariser Verträge nicht ratifiziert.

In einem Kommuniqué heißt es, beide Länder wollten sich für einen schnellen Abschluß der Ratifizierung der Pariser Verträge einsetzen. Zwischen Großbritannien und Italien bestehe in allen wichtigen Fragen volles Einverständnis. Beide Länder seien entschlossen, „ihre Äußerstes zu tun, um die Westeuropa-Union so schnell wie möglich zu verwirklichen“.

## Gegen den Krieg

DT. Die Welt steht wieder im Zeichen der Angst vor den Atom- und Wasserstoffbomben. In Amerika wird eine neue Versuchsserie durchgeführt. England will ebenfalls die Wasserstoffbombe herstellen. Molotow behauptet, die sowjetische Forschung und Produktion sei auf diesem waffentechnischen Gebiet zumindest gleichwertig. Die sowjetamtliche „Tägliche Rundschau“ versucht, die Angst der Bevölkerung psychologisch auszunutzen, indem sie einen So-

wjetgeneral erklären läßt, man solle sich international auf eine „normale“ Kriegführung einigen und die Atomwaffe als unsoldatisches Massenvernichtungsmittel ablehnen.

Die Menschheit aber ist gegen den Krieg allgemein. Sie ist gegen den Krieg mit Atombomben, mit Wasserstoffbomben und gegen den Krieg mit Panzern und Infanteriegeschossen! Vielleicht ist ein solcher Krieg „alter Art“ gerade deswegen noch nicht ausgebrochen, weil das Risiko seiner Ausweitung mit Atomwaffen zu groß ist. Trotz sowjetischer Anstrengungen hat der Westen immer noch die größere Macht, was die sogenannten abc-Waffen anbetrifft. Und das ist beruhigend im Hinblick auf den Frieden.

Die Sowjetunion fordert das völlige Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben. Sie weiß, daß dadurch der westliche Vorrang beendet würde, ganz abgesehen davon, daß man an der Durchführung eines solchen Verbotes in der Sowjetunion zweifeln müßte, hat doch Moskau bisher die Einreise etwaiger internationaler Kontrollkommissionen stets abgelehnt.

Nicht zuletzt an diesem Punkt scheiterten alle konkreten Abrüstungsgespräche im Rahmen der UN. Diese Gespräche sollen nun am 25. Februar in London wiederaufgenommen werden.

## 600 Millionen arme Kinder

### Die Arbeit des Kinderhilfswerks der UN

Es gibt 900 Millionen Kinder auf der Erde. 600 Millionen von ihnen leben ohne ausreichende Nahrung, ohne geeignete Wohnung, mit ungenügender ärztlicher Betreuung. Hier setzt die Arbeit des Kinderhilfswerks der UN (UNICEF) ein.

So half im Jahre 1953 das Kinderhilfswerk etwa 20 Millionen Kindern und werdenden oder stillenden Müttern in rund 80 Ländern. Ein Drittel aller UNICEF-Zuwendungen zielten auf die Bekämpfung von drei großen Krankheiten: Tuberkulose, Malaria und Yaws.

UNICEF's Zielsetzung für das laufende Jahr ist noch höher; es soll nämlich mehr als 25 Millionen Kindern und Müttern durch Förderung der nationalen Gesundheits-, Ernährungs- und

Mutter- und Kind-Programme geholfen werden.

Seit ihrem Arbeitsbeginn im Dezember 1946 hat die UNICEF 58 Länder dabei unterstützt, mehr als 90 Millionen Kinder und Jugendliche auf Tbc zu untersuchen und 38 Millionen Impfungen vorzunehmen. 23 Staaten erhielten bei der Behandlung von mehr als 6,3 Millionen Personen gegen die entstehende Tropenkrankheit Yaws (Himbeerpocken) Unterstützung und 44 Regierungen schützten mit Hilfe der Organisation über 14 Millionen Menschen vor Malaria und Typhus. Darüber hinaus helfen die Gelder der UNICEF bei der Ausrottung anderer Krankheiten mit, wie Diphtherie, Keuchhusten und Lepra.



# Flüchtlinge bauen eine Stadt

## Espelkamp, modernste Industriesiedlung — Tagungsort der Synode

Die ungepflasterten Fahrwege und die Kinder, die dort spielen, erinnern an das Bild pommerscher Dorfstraßen, der Wald und die Landschaft an Thüringen; die Geschäfte und Cafés könnten einen Kleinstadtboulevard zieren, und die Großtankstelle, der Wochenmarkt, die Wohnhäuser und die Neonleuchten würden auch in den Randbezirk einer Großstadt passen. In seltener Weise vereint, findet man dies alles in Espelkamp. — Von dieser Stadt, einer jungen westfälischen Flüchtlings- und Industriesiedlung, wird in den kommenden Wochen in Verbindung mit der vom 6. bis 11. März in ihr tagenden Synode der Evangelischen Kirche oft die Rede sein.

Es ist das Eigentümliche an dieser nördlich des Wiehengebirges sich ausbreitenden Siedlerstadt, daß sie so verschiedenen städtebaulichen Elementen in sich aufgenommen und in ein Ganzes zusammengefügt hat.

Da ist vor allem der Wald. Er reicht bis hinein in die Häuserzeilen. So dicht umschließt er die Siedlung, daß jeder Ortsfremde mit Sicherheit vorüberführe, stünde an der Wegzweigung nicht ein Turm mit deutlichem Hinweis auf die Zufahrt.

### Einst Giftgaswerk

Auf dem Boden eines ehemaligen Munitions- und Giftgaswerkes entstanden, war Espelkamp zuerst einmal um Nutzbarmachung der vorhandenen Gebäude bemüht, der mehr als 100 erhaltengebliebenen Hallen, Bunker und Baracken. Den Großteil davon übernahm die Industrie. Mit ihr zogen kleine bis mittlere Handwerks- und Industriebetriebe in die Waldstadt zwischen Lübbecke und Rahden. Andere ausgediente Munitions- und Fertigungshallen wurden Wohngebäude. So ergab sich auf Grund örtlicher Gegebenheiten im Zusammenhang mit anderen Bauten wiederum etwas, um das jede andere Industriestadt Espelkamp beneidet: Ein ideales Nebeneinander von Siedlung und Industrie, Wohnstätte und Arbeitsplatz, auf engstem Raume. Improvisation und Planung gingen ein gutes Bündnis ein. 7000 Einwohner zählt die Stadt heute. Das Espelkamp, wie es auf dem Reißbrett vorgezeichnet ist, wird einmal 13 000 Menschen Wohnung und Arbeitsplatz bieten.

### Stadt und Land

Denn noch ist Espelkamp eine werdende Stadt. Zu den 1400

fertigen Wohnungen werden in nächster Zeit weitere 700 kommen. Nach wie vor gleicht die Waldschneise einem einzigen Bauplatz. Daran hat sich seit 1948 nicht viel geändert. Das war das Jahr, in dem es dem schwedischen Pfarrer Birger Forell und dem deutschen Evangelischen Hilfswerk gelang, den 1200 Morgen großen Komplex der „Muna-Espelkamp“ vor Demontage und völliger Zerstörung zu retten und als Siedlungsland für Ostvertriebene freizubekommen.

### Gleiche Chance

Zweierlei kennzeichnet die Männer und Frauen, die nach Espelkamp kamen und eine Stadt zu bauen angingen: Sie waren getrieben von dem Verlangen nach Heimat und Gebundenheit in Gemeinschaft. Und zweitens: Alle hatten sie die gleichen Startbedingungen. Keiner besaß mehr, als er im Treck hatte mitnehmen können. Espelkamp — das hieß radikal neu anfangen, unter neuen Voraussetzungen, bei gleicher Kreditwürdigkeit, ob man nun als Tagelöhner aus Pommern oder als ehemaliger Gutsbesitzer aus Ostpreußen gekommen war.

Wille zu neuer Heimat und das Bewußtsein, aufeinander angewiesen zu sein, ließen eine Gemeinschaft entstehen, die sich vor allem durch ihren Sinn für das Gemeinwesen auszeichnet. Und noch etwas prägt die Menschen dieser Stadt: der nicht zu verwindende Verlust der geliebten Heimat. 68 Prozent aller Beschäftigten entstammen dem deutschen Osten. Symbole ihrer Heimat und Namen, die das Gedächtnis an Pommern, Ostpreußen, Schlesien und andere besetzte deutsche Ostgebiete wahren, begleiten den Besucher Espelkamps in fast jeden Winkel.

Männer der Kirche waren es, die den Anstoß für das sozialpolitische Experiment Espelkamp gaben. So ist es verständlich, daß das kirchliche Element einen bedeutsamen Bestandteil dieser Siedlung bildet.

Evangelischerseits nahm man sich besonders des Heim- und Ausbildungswesens an. Neben mehreren Heimen für alte und junge Menschen, neben Lehrstätten für Mädchen, entstand eine Evangelische Aufbauschule. In ihr fanden nicht wenige der seinerzeit aus der Sowjetzone verdrängten Glieder der jungen Gemeinde Aufnahme. Mit ihr verbunden ist eine sogenannte Förderschule. Hier leben über 100 junge Menschen, die unlängst aus Jugoslawien, Polen, Litauen, Lettland und anderen Ländern in die deutsche Heimat zurückgeführt wurden.

Der Wirksamkeit dieser evangelischen Einrichtungen, die sich unter dem Namen des westfälischen Märtyrerpfarrers Ludwig Steil zusammenschlossen, steht in gut-schwesterlichem Verhältnis ein aktives katholisches Gemeindeleben gegenüber. Den keineswegs nur äußerlichen Mittelpunkt der kirchlichen Gemeindezentren bilden die beiden Gotteshäuser, in denen sich sonntags eine vielhundertköpfige Gemeinde versammelt.

### Kinder denken an Sowjetzone

Selbst die Kinder scheinen schon etwas davon zu wissen, daß sich die Liebe, von der am Sonntag in der Kirche gesprochen wird, nun auch im Alltag in greifbaren Münzen weiterreichen läßt. Wenn sie am Martinstag, der hier gemeinsam mit katholischen Gemeinden begangen wird, singend und Gaben erbittend von Haus zu Haus ziehen, dann sammeln sie nicht für sich, wie Kinder anderswo, sondern für Bedürftige in der Sowjetzone.

Im Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Synode wird nun auch einer breiten Öffentlichkeit der Name dieser jungen Minden-Revensberger Stadt vertraut werden.



## Widerstand gegen Jugendweihe

Nur fünf bis zehn Prozent angemeldet

Berlin (Eigenbericht). Die Werbeaktion für die Jugendweihe in der Sowjetzone hat nach Berichten aus allen Teilen Mitteldeutschlands bisher nur geringen Erfolg gehabt. Im allgemeinen sollen sich nur fünf bis zehn Prozent der zur Schulentlassung kommenden Kinder für die Jugendweihe angemeldet haben. Überall ist der Kampf um die Jugendweihe in vollem Gange.

Nicht nur die Kirchen und nichtkommunistischen Eltern haben gegen die Jugendweihe protestiert, sondern zum Entsetzen Pankows erhoben auch Tausende von SED-Mitgliedern Einspruch beim Ministerium für Volksbildung, der Präsidialkanzlei Wilhelm Plecks und dem Kirchenreferenten im Innenministerium.

Die Unruhe unter der Bevölkerung, die der SED gar nicht angenehm ist, soll nun durch öffentliche Versammlungen beseitigt, zumindest aber eingedämmt werden. Man zitiert dabei die Verfassung und will der Jugend das Recht zugestehen, sich ohne elterliche und kirchliche Beeinflussung „selbst zu entscheiden“. Ja, man schreckt nicht davor zurück, SED-Mitglieder aufzufordern, Pfarrer wegen Äußerungen in bezug auf die Jugendweihe zu denunzieren.

Innerparteiliche Vorbereitungen werden getroffen, um die SED-Mitglieder zu zwingen, ihre Kinder an der Jugendweihe teilnehmen zu lassen.

## Fortschrittliche Literatur nicht gefragt

Berlin (Eigenmeldung). Die privaten Leihbüchereien der „DDR“ werden laufend kontrolliert, um zu verhindern, daß unerwünschte oder gar verbotene westliche Bücher der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Die Bezirksleitung der SED in Rostock tat noch ein übriges und ließ durch Instruktoren auch die Büchereien der großen volkseigenen Betriebe überprüfen.

Dabei mußte sie die überraschende Feststellung machen, wie es im Überprüfungsbericht der Kulturfunktionäre heißt, daß sich bei den Belegschaften der Betriebe „stark ideologische Mängel“ gezeigt hätten. Die Ausleihstatistik zeigte, daß die Werke Stalins, Lenins sowie des „DDR-Kulturministers“ Johannes R. Becher im Laufe des

Drohungen und auch Maßnahmen gegen „widerspenstige“ Eltern haben in größerem Umfang eingesetzt. Allein die Tatsache, daß der jeweilige örtliche Vorsitzende des Ausschusses zur Durchführung der Jugendweihe aus den Reihen der Personen

## Der SED-Bluff mit „Alt-Berlin“

Wohnungsbau stockt — Aber „Krögel“ wird aufgebaut

Daß sich die SED in Verfolgung politischer Ziele je nach Bedarf entweder international, gesamtdeutsch oder „berlinisch“ zu tarnen versteht, ist bekannt. Zur „Methode Berlin“ gehört der heuchlerische Appell an das Berliner Gefühl. Taktik: Man entwickelt ein Wiederaufbauprogramm für das durch den Krieg zerstörte und heute zum Ostsektor gehörende „Alt-Berlin“. Der Krögel, die Mohren-Kolonaden, der „Nußbaum“, das Bürgerhaus am Kupfergraben und viele andere Wahrzeichen Altberlins sollen in einem Millionen-Programm Auf-erstehung finden. Während vier-

ausgesucht wird, die schon seit langen Jahren aus der Kirche ausgetreten sind, unterstreicht die antikirchliche Maßnahme.

Der unerwartete Widerstand hat jedoch bereits Stimmen in der SED laut werden lassen, die Ziele der Partei zunächst nicht durch Maßnahmen, die eine solche Opposition breiterer Bevölkerungskreise hervorrufen, zu verwirklichen. Die SED sieht sich also in der schwierigen Situation nicht nur die Kirchenleitungen beider Konfessionen, sondern auch die Masse der Bevölkerung einschließlich eines großen Teiles der eigenen Mitglieder in scharfer Abwehrstellung vorzufinden.

zig Prozent aller Wohnungsbauvorhaben stillgelegt werden müssen, läßt der Ostmagistrat unter erheblichen Kosten eine Propagandaaktion starten: Seht, wir haben das echte Berliner Gefühl!

Es ist noch nicht lange her, als die SED das mit weit geringeren Mitteln wiederaufzubauende Berliner Schloß in die Luft sprengen ließ. Damals lehnte der Ostmagistrat jeden Versuch zur Rettung alter Kulturdenkmäler rücksichtslos ab und der Stellvertretende Oberbürgermeister Waldemar Schmidt (SED) erklärte wörtlich: „Für Spielereien haben wir kein überflüssiges Geld!“

Inzwischen hat die SED ihre Taktik geändert. „Nationales Kulturerbe“ und „Altberliner Traditionen“ werden bei ihr groß geschrieben. Die SED-Aktion „Altberlin“ ist Aufgabe des Referats „Denkmalspflege“ bei der Abteilung Kultur des Ostmagistrats. Dieses Referat versucht, die Bauten nach Möglichkeit mit freiwilligen Arbeitskräften voranzutreiben. Bisher wurden dafür rund 15—20 Prozent aller für den Wohnungsbau vorgesehenen Baumaterialien verbraucht. Die Baukosten liegen naturgemäß weit über denen normaler Wohnungsbauten.

## Explosion in Bitterfeld

Berlin (Eigenmeldung). Im VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld ereignete sich, wie erst jetzt bekannt wird, in der Nacht vom 9. zum 10. Januar eine schwere Explosion.

## SED entscheidet über Neueinstellungen

Erfurt (Eigenmeldung). Der Präsident der Reichsbahndirektion Erfurt hat angeordnet, daß ab sofort bei Einstellungen innerhalb seiner Direktion, auch bei Arbeitern, neben der Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung auch die Betriebsorganisation der SED ihre Einwilligung geben muß.

Die Personalunterlagen müssen deshalb vor einer Entscheidung der SED-Betriebsgruppe zur Begutachtung vorgelegt werden.



## Export mit Verlust

Berlin (Eigenmeldung). Die Exportlieferungen der VEB-Filmfabrik Agfa-Wolken bei Bitterfeld brachten dem Betrieb im IV. Quartal erhebliche Verluste. Schuld daran sind weitgehend die Sowjets. So sollte z. B. eine Lieferung von mehreren Millionen Röntgenfilmen, Leicafilmen und Spielfilmen nach Moskau gehen. Die Sowjets jedoch leiteten die Kisten in Frankfurt/Oder, ohne Kenntnis der Filmfabrik, nach Ägypten um.

Da die Filme deshalb keine Tropenverpackung hatten, kamen sie in unbrauchbarem Zustand an. Der ägyptische Käufer nahm die Ware selbsterklärend nicht ab, der volkseigene Betrieb mußte die gesamte Lieferung, obwohl ihm kein Verschulden traf, ersetzen.

## Zuchthaus für Heimatlieder

Berlin (DPA). Weil sie schlesische Heimatlieder gesungen hatten, wurden zwölf Jugendliche, wie der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen bekanntgab, in Beelitz von der Volkspolizei festgenommen.

## Ein Urteil

Berlin (DPA). Eine führende Persönlichkeit der Evangelischen Kirche in der Sowjetzone ist wegen Nichtanmeldung einer Gemeindeversammlung zu einer Geldstrafe von 150 DM verurteilt worden. Auf der Versammlung sollte der Sinn der Konfirmation im Hinblick auf die Propaganda für die Jugendweihe erläutert werden.

## „Freunde“ unter sich

Berlin (DPA). Bei einer Auseinandersetzung zwischen Sowjetoffizieren und Offizieren der Volkspolizei in der Nähe von Kottbus ist nach einem IWE-Bericht ein Vopo-Hauptmann durch einen Kopfschuß getötet worden.

## Kein Geld für Erholungsheime

Berlin (Eigenmeldung). Die Ferienerholungsheime des FDGB in den Badeorten an der Ostseeküste müssen zu einem großen Teil renoviert werden. Die

## Sogar die Nadeln fehlten

### Material- und Geldmangel der vogtländischen Industrie

Berlin (Eigenbericht). Die vogtländische Stickerei- und Spitzenindustrie hängt um ihre Position auf den Weltmärkten, die sie früher, als sie noch über zwei Drittel der einschlägigen europäischen Produktionskapazität verfügte, innehatte. Das gibt jetzt in einem aufschlußreichen Bericht die sowjetzonalen „Neue Zeit“ zu.

Danach verfügt das Vogtland mit etwa 2900 Stickmaschinen vor der Schweiz mit 1700 Maschinen und Österreich mit 500 noch über eine führende Stellung. In den USA stehen etwa 2000 Maschinen. Aber die Vogtländer Industrie leidet unter dem Dilemma der gesamten Sowjetzonenwirtschaft.

Sie sitzt auf veralteten Maschinen und hat Kapitalmangel. Der erste finanzielle Bedarf der Industrie im Raum Plauen zur

Auswertung ihres Exportes wurde in dem Bericht der „Neuen Zeit“ mit rund 10 Mill. Mark angegeben, die aber nicht verfügbar sind. Zur Zeit sind nur 50 v. H. der Großstickmaschinen in Betrieb, heißt es in dem Bericht. „Hauptursache hierfür sind die unbefriedigenden Verdienstmöglichkeiten des Lohnstickgewerbes, die viele Maschinenbesitzer zur Resignation veranlaßten. Es fehlt an den nötigen Mitteln, um die Maschinen durch Monteure oder eigene Hilfskräfte aufbauen zu lassen. Die Steuertarife und die Lohngestaltung geben keinen Anreiz.“

Der Kapitalmangel hemmt nicht nur die Produktion, sondern vor allem die Exportfähigkeit der Betriebe, insbesondere da diese in ihrer Lagerhaltung den Sortimentswünschen der internationalen Märkte nicht gerecht werden können. Diese Märkte seien durchaus aufnahmefähig, und es bestünde eine gute Nachfrage nach Plauener Spitzen. Die Zeitung schreibt, „die Lieferfristen sind in manchen Fällen so lang, daß die schneller arbeitende ausländische Konkurrenz zum Zuge kommt.“

Die Plauener Unternehmer seien auch nicht an der Entwicklung neuer Muster interessiert, da sie den Wert ihrer Skizzen, Schablonen, Jacquard-Karten, Musterstücke und Mustermetagen am Jahresende nicht ausbuchen können und daher steuerlich auch für von der Kundschaft abgelehnte Muster belastet werden. Aber es mangelt auch vor allem an Material. Das Blatt schreibt, „es fehle an bestimmten Wollgarnen, reinseidenen Tüllen, Bourettegeweben und schließlich an Stick- und Nähmaschinenadeln“. Selbst bei der Versorgung mit heimischer Kunstseide gäbe es Schwierigkeiten.

zunächst hierfür zur Verfügung gestellten Mittel wurden jetzt plötzlich gestrichen.

In der Anordnung heißt es, daß nur die äußere Fassade der Gebäude gut aussehen soll, während sämtliche Innenarbeiten einzustellen sind. Die Anschaffung neuer Bettwäsche ist auch untersagt, bei vorhandenen Mängeln sollen die Urlauber aufgefordert werden, ihre Bettwäsche selbst mitzubringen.

## Studenten zahlen nicht

Berlin (Eigenmeldung). Das ZK der SED hat Anstoß an der Tatsache genommen, daß unter den Studenten der „Karl-Marx-Universität“ in Leipzig die „Manie“ aufgekommen ist, keine Parteibeiträge zu bezahlen. Der Durchschnitt der Parteibeitragsrückstände liegt bei 15 Monaten, eine ganze Anzahl von Genossen hat sogar 19 Monate nicht mehr bezahlt.

Zur Entschuldigung führen die Studenten die hohen Lebenshaltungskosten im Vergleich zur Höhe der Stipendien an. Mahnungen seitens der Partei sind bisher erfolglos geblieben. Bevor gegen allzu säumige Genossen ein Parteiverfahren eingeleitet wird, soll nun die Hochschulleitung eine Aktion durchführen, um die Studenten an ihre Pflichten gegenüber der SED zu erinnern.



## 400 000 Fernsehgeräte in diesem Jahr

### Zukunftssichere Industrie — Preiswerte Geräte

Auf der Fernsehschau in Stuttgart hat es den großen Preiserutsch auf das 700-DM-Niveau für Geräte mit einem 43-Zentimeter-Bildschirm, also für das Standardgerät, gegeben. Noch vor kurzem waren die heutigen Preise von der Industrie einfach nicht für möglich gehalten worden.

Die technische Entwicklung der Fernsehgeräte hat einen sehr hohen Stand erreicht. Viel ist bei der Schwarz-Weiß-Tech-

Die deutsche Industrie — ungefähr 20 Firmen sind mit eigenen Entwicklungen am Markt — wird 1955 rund 350 000 bis 400 000 Geräte herstellen, nachdem sich die Erzeugung über die Erwartung der kühnsten Optimisten hinaus von 53 000 in 1953 auf 141 000 Geräte in 1954 fast verdreifacht hat. Für 1956 wird eine Produktion von 700 000, für 1957 von 1 Mill. erwartet.

**Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundert dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.**

nik kaum noch zu erwarten. Das Farbfernsehen ist noch — aus Preisgründen — in Deutschland undiskutabel, zumal das Fernsehen selbst dann erst einmal ausreichend verankert sein muß. Das Fernsehen muß sich selber tragen. Dieser Tag ist noch fern. Die riesigen Investitionen der Post, die es ermöglichen, daß das Programm jeweils eines Studios (abwechselnd NWDR, Südwestfunk, München, Hessischer Rundfunk, SFB) in der ganzen Bundesrepublik und in Berlin empfangen werden kann, können aus dem jetzigen Teilnehmeraufkommen nicht verzinst werden. Die heute 100 000 angemeldeten Fernsehteilnehmer — bei rund 200 000 von der Industrie verkauften Geräten — sind keine Basis.

Die Industrie glaubt jedoch, daß damit der Durchbruch des Fernsehgedankens in Deutschland erfolgt ist.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone in Amerikahaus am Nollendorffplatz gezeigt.

Täglich ab 18 Uhr in stünd-

## Einheitliche Schulform im Westen

Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer, zu der die Länder-Kultusminister hinzugezogen waren, hat in Düsseldorf ein Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik einschließlich Berlin zur Vereinheitlichung des Schulwesens unterzeichnet. Darin wird der Beginn des Schuljahres einheitlich auf den 1. April festgesetzt. Die Ferien betragen im Schuljahr 85 Tage. Die Sommerferien liegen zwischen dem 25. Juni und dem 15. September.

Das mittlere Schulwesen, das eine über die Volksschule hinausgehende Bildung vermittelt, wird als Mittelschule bezeichnet. Die Schuljahre werden vom ersten Grundschuljahr nach aufsteigenden Klassen von 1 bis 13 durchgezählt. Beim Gymnasium gibt es eine Lang- und Kurzform. Beide schließen am Ende des 13. Schuljahres mit der Reifeprüfung ab.

Die erste Fremdsprache bei der Höheren Schule ist Englisch. Für Süddeutschland wird Französisch dann zugelassen, wenn im Schulbezirk genügend

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

## Günstige Beschäftigungslage

Im Bundesgebiet besteht eine zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften, wie die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg mitgeteilt hat.

Die Zahl der offenen Stellen sei im Januar um 29 800 angestiegen. Bei der rund 30prozentigen Zunahme wird als besonders beachtlich herausgestellt, daß der Restbedarf an männlichen Arbeitskräften im Vergleich zum 31. Januar 1954 um rund 27 500 höher liegt.

Schulen des mit Englisch beginnenden Normaltyps vorhanden sind.

## Originelle Sammlung

Studenten der Stanford-Universität in Kalifornien haben eine originelle Methode herausgefunden, um Mittel für die Freie Universität Berlin zu sammeln.

Um das gesamte Gebäudeviereck, das einen äußeren Umfang von etwa 1000 Meter hat, wird eine Linie von Cent-Stücken gelegt. Am ersten Tag der Sammlung wurden bereits rund 40 000 Münzen aneinandergereiht, die einen Gegenwert von etwa 1700 DM ausmachen.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.